

564. 714.  
89. 135  
206. 390.  
270. 390.  
713. 819  
88. 888  
1850. 7  
1871. 40.  
1894. 19.  
87. 698.  
19. 405. 5  
68. 967.  
66. 900.  
78.  
202. 185.  
68. 273.  
206. 390.  
32. 852.  
51. 519  
12. 115.  
96. 881.  
90. 819  
50. 748.  
84. 698.  
(00). 852.  
30. 970.  
709. 21.  
688. 488.  
48. 529.  
82. 569.  
82. 904.  
96. 291.  
9. 607. 9  
52. 563.  
37. 952.  
229. 61.  
46. 85. 93.  
78. 488.  
34. 569.  
241. 99.  
04. 418  
22. 846  
115. 94.  
40. 398.  
47. 056.  
8. 388.  
55. 989.  
5. 8017  
7 (300).  
62081.  
4. 903.  
500. 81.  
3. 308.  
0. 602.  
0. 888.  
8014. 77.  
6. 619.  
8. 924.  
3. 968.  
3. 711.  
1. 886.  
8. 256.  
6. 687.  
88. 249.  
27. 144  
9. 800).  
8. 783.  
226. 62.  
1000255.  
37. 97.  
70. 887.  
113. 191.  
116. 908.  
1. 718.  
866.  
(600)  
(800).  
844.  
1. 902  
35005.  
822.  
140  
42088.  
09. 91  
21. 53.  
533.  
809. 80  
446.  
278.  
9. 963  
999.  
921.  
(400).  
71319  
621.  
(612)  
(400).  
1. 533  
34182.  
44. 55.  
1. 27.  
1. 21.  
477.  
714.  
19. 78.  
3. 93.  
556.  
728.  
108.  
977.  
2007.  
787.  
804.  
2943.  
34. 42.  
61.  
10. 11.  
10. 11.  
10. 11.

# Vossische Zeitung



# Zeitung

Begründet

1704.

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seitenrubriken: Grundstücks-, Hypotheken- und Gdärerkehr (Ziel), Sport-Nachrichten (Montags früh), literarische Umschau, Für Reise und Wandlung, Gross Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärtig bei allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreisliste S. 229), für Gross Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Bezugspreis: für Gross Berlin durch die Zeitungs-Spediteure monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 90 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. auswärts Beizugsgebühr. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf. (Stellengemache sowie amtliche Anzeigen staatlicher oder städtischer Behörden 40 Pf.), Montagsausgabe und für Reise und Wandlung 70 Pf. im übrigen Berechnung nach Schriftarten laut Tarif. — Haupt-Expedition: C.S. Breite Str. 8/9. Filial-Expeditionen: W. 9. Potsdamerstr. 184, W. 50. Tantenienstr. 7, W. 92. Lutherstr. 21, S. 14. Neue Roßstr. 18, O. 27. Holzmarktstr. 13. Telefon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1265, 1643, 7462, 7990, für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640, 10 641.

Im Verlage Vossischer Erben.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9, Berlin C.

Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Samstags) Hermann Bachmann in Berlin.

## Rohrertrag und Reinertrag der Landwirtschaft.

Von Professor Dr. Doormann, Mitglied des Reichstags.

Graf v. Schwerin-Sömig hat auf der diesjährigen Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats den Landwirten die Aufgabe zugewiesen, vor allen Dingen den Rohrertrag ihrer Wirtschaft, logar auf Kosten des Reinertrages, zu steigern. Er begründete dies mit der von den Landwirten übernommenen Verantwortung, die Ernährung der Bevölkerung mit einheimischen Erzeugnissen sicherzustellen. „Es kommt“, sagte er, „weniger auf den Reinertrag als in allererster Linie auf die absolute Steigerung der Bruttoerträge in den landwirtschaftlichen Betrieben an... Es ist Pflicht aller landwirtschaftlichen Körperpersöhen, dafür zu sorgen, daß die intensivere Wirtschaftsweise überall, vor allem in den bäuerlichen Betrieben, Platz greift.“ Der Landwirtschaftsrat ist denn auch einer entsprechenden Erklärung einstimmig beigetreten. Diese Ausführung und Beschlusfassung gibt zu denken. Handelt es sich um mehr als eine Phrase, so kann sie nur den Zweck haben, eine Aktion auf Steigerung der Agrarpreise vorzubereiten und einzuleiten. Die Revision des Zolltarifs muß bekanntlich in den nächsten Jahren erfolgen, vielleicht ist sie bereits an den zuständigen Stellen in Angriff genommen. Darum halten die Agrarier den Zeitpunkt für gekommen, der Dessenfalls ihre Absichten zunächst in vorläufiger Form zu enthüllen.

Der agrarische Gedankengang ist ja spottensach. Die durch die Zölle erzielte Preissteigerung hat die Produktion vermehrt, und zwar ist die Zunahme der landwirtschaftlichen Erzeugnisse proportional der Höhe des Zollschutzes. Um also erstere bis auf die Stufe zu treiben, auf der die einheimische Produktion die Konsumtion völlig deckt, bedarf es nur einer weiteren entsprechenden Erhöhung der Zölle. Bis zu welchen Stufen man zu gehen hat, ist eine Frage für sich. Je höher sie sind, desto näher liegt das Ziel der Eigenversorgung. Es liegt mithin in der Hand der Zollpolitik, ob sie das Ziel erreichen will oder nicht. Dieser Gedankengang, dem Graf v. Schwerin im Laufe der Zeit wiederholt Ausdruck verliehen hat, liegt offenbar auch seiner neuesten Kundgebung zugrunde. Allein er weicht sehr wohl, daß er auf Widerstände stößt, die durch einen Angriff in der Front nicht zu überwinden sind. Deshalb macht er, um im militärischen Bilde zu bleiben, eine Umgehung der gegnerischen Stellung. Er schlägt vor, künstlich eine Agrarkrise herbeizuführen, um dadurch die Geneigtheit zu schaffen, der notleidenden Landwirtschaft von neuem mit einer künstlichen Preissteigerung der Agrarprodukte beizuhelfen. Denn darauf läuft es praktisch hinaus, wenn er den Landwirten eine Wirtschaftsweise empfiehlt, die eine Verminderung der Reinerträge bedeutet; mit anderen Worten, wenn er die Betriebe über die unter den gegenwärtigen Verhältnissen zweckmäßige Intensitätsstufe hinausstreben will.

Was ist denn eine Agrarkrise anders als eine unbedingende Rentabilität des landwirtschaftlichen Gewerbes? Oder ist etwa die ökonomische Lage der bodenbewirtschaftenden Klassen heute eine derartige, der Stand der Rente in dem Grade günstig, daß die Landwirte einen Teil derselben opfern können lediglich des allgemeinen Zweckes wegen, die Zufuhr ausländischer Agrarprodukte ganz oder teilweise überflüssig zu machen? Die lebensschaffende Erregung, mit der die Agrarier jedem Versuch entgegenzutreten, die Zollschranken zu ermäßigen, mit der sie sich sogar gegen beschiedene Vorstandsmaßnahmen zur Wehr setzen, spricht nicht dafür. Wir verstehen deshalb nicht, wie der Deutsche Landwirtschaftsrat eine Maßregel empfehlen kann, die im Effekt genau auf dasselbe hinausläuft. Wir belonen noch einmal: es handelt sich bei dem Vorschlage des Grafen Schwerin nicht etwa um eine Anregung an diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe, die an sich für den Uebergang zu intensiverer Wirtschaft durchaus geeignet sind, aber aus irgendwelchen Gründen, die in der Person des Besitzers liegen, noch nicht dorthin gehen. Wäre dies der Fall, so würden wir ihm bestimmen. Es darf wohl daran erinnert werden, wie dringend wir stets ein solches Fortschreiten der Landwirtschaft gewünscht haben. Man hat uns in der Regel barock und unfreundlich erwidert, daß wir zunächst die Vorbereitungen schaffen müßten, um die für die intensivere Wirtschaftsweise erforderlichen größeren Aufwendungen durch ausreichende Preise sicherzustellen. Jhren wir nicht, so werden die Klagen gerade aus den agrarischen Kreisen neuerdings wieder häufiger, daß die Produktionskosten kaum noch oder überhaupt nicht mehr gedeckt würden. Welch ein Entzern der Entristung würde losbrechen, wenn von unserer Seite ein Vorschlag ausgingen wäre ähnlich dem, den der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, ohne Widerspruch zu finden, gemacht hat! Selbstverständlich braucht niemand von unserer Seite einen derartigen Vorschlag und für die Landwirte gefährlichen Vorschlag zu befürchten. Wir halten noch wie vor daran fest, daß der einzelne Landwirt und mit ihm auch die Gesamtheit der Bevölkerung am besten fährt, wenn er seine Wirtschaft so einrichtet und führt, wie es sein eigenes Interesse ihm vorschreibt. Dieses Interesse richtet sich naturgemäß auf einen möglichst hohen Reinertrag, für ihn arbeitet er und nichts anderes. Von einer Verantwortlichkeit für die ausreichende Ernährung der

Bevölkerung mit heimischen Erzeugnissen kann um so weniger die Rede sein, als der einzelne, auch wenn es der größte Befürger ist, nur mit einer verschwindenden Quote an der Bedarfsbefriedigung Anteil hat. Es ist eine lächerliche Vorstellung, als ob nur die Millionen von Landwirten oder auch nur ein nennenswerter Bruchteil derselben für Ton und Lössen bestimmen ließen oder bestimmen lassen könnten von der Ernährung, daß der einzelne sich für den erhöhten Zollschutz verantworten müsse durch wirtschaftliche Maßnahmen, die er von seinem Interessenstandpunkt aus als unvorteilhaft erachtet. So sind die Menschen nicht, und auch Graf Schwerin wird sich von seinem patriotischen Appell an den Altruismus seiner Berufsgenossen einen Erfolg im Ernst nicht verprechen.

Wie sachlich nahm sich ihm gegenüber die Darstellung des Herrn v. Lohof-Pethus aus über die weitere Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft. Dieser ausgezeichnete Landwirt glaubte zwar gehen zu können, daß es möglich sei, allein durch zweckmäßige Züchtung der Pflanzen und Tiere unter Zuhilfenahme geeigneter Ernährung und Bodenbearbeitung fast unerschöpflich Werte zu schaffen und die Ernährung des deutschen Volkes durch eigene Produktion sicher zu stellen. Allein er veranlaßte seiner Augenbild die Schwierigkeit, die Kenntnis besserer Wirtschaftsmethoden zu verbreiten, zumal unter den Landwirten mit kleineren Betrieben. Niemand wird glauben, diese Schwierigkeit dadurch beringern zu können, daß man den kleinen Landwirten obendrein zumutet, sich einer intensiveren Wirtschaftsweise selbst dann zugewenden, wenn dies nur mit der sicheren Aussicht auf Schädigung des eigenen Interesses geschehen kann.

Man wird gut tun, die Augen offen zu halten und jedem Versuch von agrarischer Seite rechtzeitig entgegenzutreten, Stimmung für weitere Zollerhöhungen zu machen. Die diesjährige Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats zeigt, daß die Herren zwar noch nicht die Zeit für solchen halten, mit offenen Karten zu spielen, jedoch mit sich selbst längst im reinen sind. Wer ihre Methode kennt, wird aus den Verhandlungen dieser einflussreichen Körperpersöhen auch ohne Vorwissen der Einzelheiten den Eindruck gewinnen müssen, daß die offiziellen Vertreter des Großgrundbesitzes, die sich hier zusammenfinden, mit einer Revision des Zolltarifs, wie sie sich etwa der Staatssekretär des Innern nach seiner Klärung im Reichstag nicht, nicht zufrieden sein werden. Vielleicht erklärt sich ein Teil der Abneigung, die Herr Delbrück von den Konservativen neuerdings so ungeniert um Ausdruck gebracht wird, aus dem Zweifel, ob sie beizuhelfen Zollwünschen unbedingt auf ihn zählen können.

## Englands Heer und das europäische Festland.

Auf die Ernährung des Gerichts durch Hugh Cecil im englischen Unterhause, daß England die Verpflichtung übernommen habe, unter bestimmten Umständen bedeutende Streitkräfte nach Europa zu entsenden, antwortete Ministerpräsident Asquith vorgehen mit dem Zwischenruf, daß dies nicht wahr sei. Aus Anlaß dieses parlamentarischen Vorfalles läßt sich eine halbamtliche englische Stimme vernehmen, die den Zwischenruf des Ministerpräsidenten noch träger unterstreicht. Es wird darüber gemeldet:

London, 11. März. Die „Westminster Gazette“ schreibt folgendes zu der Erklärung, die gestern Ministerpräsident Asquith auf die Anfrage Hugh Cecil's abgab:

Man kann anerkanntermaßen nicht behaupten, daß wir unter irgendwelchen Vertragsverpflichtungen stehen. Aber es handelt sich nicht um Vertragsverpflichtungen sichtlich. Nach dem Bericht, auf den Cecil anspielte, haben wir vielmehr diplomatische Verpflichtungen gegeben, die eine Ehrenschuld darstellen sollen. Die Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht machten vielfach Gebrauch von diesem Bericht, und dies hat in der Auslands viel gebracht. Es war die höchste Zeit, daß die Regierung ein maßgebendes Wort sprach. Wir hoffen, daß die Erklärung des Ministerpräsidenten den Kombinationen ein Ende machen wird, die durch das Gerücht angeregt wurden. Wir sind uns des eigenen Rande und den europäischen Ruchern schuldig, so sagen, daß wir keine veraltete geheime Diplomatie haben. Unsere Vertragsverpflichtungen sind aber Welt bekannt. Sie enthalten keine Verpflichtung oder Garantie, daß wir unser Landheer für militärische Operationen auf dem europäischen Festlande zur Verfügung stellen. Wir sind keine Ehrenschuld eingegangen, die uns verpflichtet, unsere Wehrverfassung zu ändern. Unsere Politik und unsere Diplomatie beruhen wesentlich auf unserer Seemacht. Das beste Mittel, um uns selbst zu verteidigen und den Fremden in der Not beizuhelfen, ist, die Flotte in der höchsten Leistungsfähigkeit zu erhalten. Wir halten es für eine völlige Verkennung der Tatsachen, daß wir als Faktor in der europäischen Politik nicht beachtet werden sollten, weil wir nicht eine große Militärmacht im europäischen Sinne sind. Wir wünschen unsere Seemacht für den Frieden, nicht für den Krieg zu gebrauchen, aber es liegt in unserm eigenen Interesse und in dem unserer europäischen Freunde,

daß wir uns hierauf konzentrieren und nicht unsere Kräfte durch militärische Anstrengungen ersplittern, die im Vergleich mit den Anstrengungen der Militärmächte völlig unzureichend wären.

## Rußland und Oesterreich demobilisieren.

Das Langersehnte, oft Angekündigte, immer wieder hinausschiebende ist endlich Ereignis geworden: Oesterreich-Ungarn und Rußland haben sich über eine partielle Demobilisierung der an der russisch-österreichischen Grenze angehäuft Truppen verständigt.

Tief aufatmend wird Europa diese Kunde vernehmen, denn wie ein böser Alp lastete seit Monaten auf aller Welt das Bewußtsein, daß an der russisch-österreichischen Grenze Hunderttausende von Soldaten in voller Kriegsbereitschaft einander gegenüberstanden, und alle Bemühungen, das zwischen Wien und Petersburg bestehende gegenseitige Mißtrauen zu bannen, zu verjagen drohten. Die Friedenshoffnungen, die durch den Mißerfolg der Petersburger Mission des Prinzen Hohenzollern tief geklungen waren, hatten sich an der Verheißung wieder aufgehört, der Tag des Romanow-Jubiläum's werde die erlösende Botschaft von der beiderseitigen Abrüstung bringen. Als aber auch dieser Termin, der 6. März, verstrich, ohne daß die daran geknüpfte Erwartung sich erfüllte, wollten viele einbüßlich daran verzweifeln, daß es überhaupt noch zu einer friedlichen Verständigung zwischen Rußland und Oesterreich und damit zu einer Erleichterung des lähmenden politischen und wirtschaftlichen Druckes kommen werde, der auf den beiden Reichen, aber nicht auf ihnen allein, lastete.

Nun mit einem Male ist die ersehnte Wendung eingetreten. Durch dessen Verdienst, auf welchem Wege, kann in diesem Augenblicke uninteressiert werden: Es handelt sich lediglich um den großen Eindruck hingeben darf, daß auf dem Wege zur friedlichen Schlichtung der internationalen Krise ein bedeutungsvoller Schritt vorwärts getan ist.

Im nachstehenden verzeichnen wir die hierüber vorliegenden Drahtberichte:

Petersburg, 11. März. Die „Peterson. Tel.-Ag.“ teilt folgendes identisches Communiqué der russischen und der österreichisch-ungarischen Regierung mit:

„Der Briefwechsel, der lethlin zwischen Kaiser Franz Josef und Kaiser Nikolaus stattgefunden hat, hat von neuem bewiesen, daß die Ereignisse auf dem Balkanabrisse den freundschaftlichen Gesähen zwischen den beiden Souveränen keinen Eintrag getan haben und daß die Erhaltung des Friedens fortgesetzt das Ziel ihrer Bemühungen bildet. Demgemäß sind die beiden Regierungen zu dem Schluß gelangt, daß gewisse Maßregeln rein defensiver Art, die in den Grenzprovinzen der beiden Staaten ergriffen worden waren, durch die Umstände nicht mehr erforderlich zu werden können. Daher ist die Herabsetzung der Truppenstärke Oesterreich-Ungarns in Galizien auf einen normalen Stand fest beschlossen worden. Ebenso wird die Entlassung der russischen Reservisten derjenigen Jahreshasse, die im Herbst des vergangenen Jahres hätte entlassen werden sollen, verfügt werden.“

Um das identische Communiqué der russischen und der österreichisch-ungarischen Regierung zu ergänzen, ist die „Peterson. Tel.-Ag.“ ermächtigt, mitzutellen, daß, wie aus den Besprechungen mit dem Wiener Kabinett hervorgeht, Oesterreich-Ungarn keine Angriffslänge gegen seine südlichen Nachbarn hegt.

Wien, 11. März. (Eigener Drahtbericht unserer Korrespondenten.) Das „Neue Wiener Tagbl.“ knüpft an die Meldung von der Mobilisierung einen Artikel, in dem es darauf hinweist, daß gleichzeitig mit den österreichisch-ungarischen Reservisten der unter dem Namen russisch-österreichischer Jahreshasse der entlassen wird. Das Blatt führt dann fort: „Befehden wir uns damit, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland das Vertrauen wieder zurückzuführen beginnt, an dessen Mangel in dieser Krisis ihre Beziehungen weit mehr als an konkreten Streitgegenständen gelitten hat. Unsere und die russische Orientpolitik hat durch die Resultate des Balkankrieges einen neuen Sinn bekommen. Unsere Orientpolitik, die die volle staatliche Unabhängigkeit der Balkanvölker und die Selbständigkeit ihrer nationalen Politik angestrebt und so oft in der Vergangenheit wertig gefördert hat, steht heute so gut wie am Ziel und schließt sich an, in freundschaftlichem Wechselverehr mit den Balkanstaaten die Früchte eines jahrelangem festgehaltenen Programms zu ernten. Willst du dich der neue Sinn der Orientpolitik für die russische öffentliche Meinung erkläre langsam und nur allmählich aus der Umbildung aller Ansprache und Formstellungen befreien, daß aber die offizielle Rußland nunmehr seine militärischen Vorkehrungen rückgängig macht, beweist, daß zum mindesten in diesem Lager heute schon die Loyalität der österreichisch-ungarischen Politik besser genügt wird.“

